Tel.: 90229-3416
Fax: 90229-3298

Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin
Referat II AbtL 1
Turmstr. 21, Haus A
10559 Berlin

II AbtL -4635/200-
(wird vom Amt ausgefüllt)

Antrag 1. SED UnBerG

auf Gewährung einer Kapitalentschädigung für eine zu Unrecht erlittene Freiheitsentziehung sowie auf Erstattung von Geldstrafen, Kosten des Verfahrens und notwendigen Auslagen nach dem 1. SED-UnBerG/StrRehaG, aufgrund einer Rehabilitierungsentscheidung bzw. HHG-Bescheinigung.

Ich beantrage

☐ eine Kapitalentschädigung für eine zu Unrecht erlittene Freiheitsentziehung.
☐ die Erstattung einer Geldstrafe.
☐ die Erstattung von Verfahrenskosten und notwendigen Auslagen.

Name, Vorname:	
Geburtsname:	Geburtsdatum:
ggf. weitere frühere Namen:	
Geburtsort, Kreis, Land:	
Jetziger Wohnsitz oder ständiger Aufenthalt:	

Ich beantrage die oben genannte Entschädigung bzw. Erstattung:

☐ wegen eines von mir selbst erlittenen Gewahrsams
☐ als Erbe/Erbin eines ehemaligen politischen Häftlings:

Angaben zur Person des/der Verstorbenen:

Name, Vorname:	
Geburtsname, früherer Name:	
Geburtsort, Kreis, Land:	
Geboren am:	Verstorben am:
Letzter Wohnsitz (mit Postleitzahl):	

Ich bin erbberechtigt

☐ als gesetzliche/r Erbe/ Erbin

☐ aufgrund Verfügung von Todes wegen (Erbschein, Testament, Erbvertrag - bitte beifügen)

☐ als sonstiger Erwerber (Übertragenden)

Angaben zur Person des/der Übertragenden:

Name, Vorname:	
Geburtsname, früherer Name:	
Geburtsort, Kreis, Land:	Geburtsdatum:
Letzter Wohnsitz (mit Postleitzahl):	
Übertragungsgrund: (Unterlagen bitte beifügen)	

Zur Überprüfung der Ausschließungsgründe nach § 16 Abs. 2 StrRehaG ist von mir eine Anfrage an das Bundesarchiv Stasi-Unterlagen-Archiv (BArch) zu richten.

Ich bitte Sie daher um folgende Angaben:

Name (alle bisherigen Namen, Geburtsname, verwitwet, geschieden), Vornamen (Rufname bitte hervorheben):	
Geburtsdatum:	Geburtsort:
Wohnorte ab dem 18. Lebensjahr in der ehemaligen DDR:	
Haftorte:	

Haben Sie

☐ Eingliederungshilfen nach §§ 9 a bis 9 c HHG (Häftlingshilfegesetz),

☐ Leistungen aufgrund der Richtlinien des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte für die Gewährung von Beihilfen an ehemalige politische Häftlinge aus der sowjetischen Besatzungszone oder ihr gleichgestellten Gebieten vom 09. November 1955 (Bundesanzeiger Nr. 229 vom 26. November 1955) (Mio. Fonds),

☐ Soziale Ausgleichsleistungen nach § 7 RehaG alt oder Entschädigungen aufgrund des § 16 a des Gesetzes über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG),

☐ Entschädigungen nach KgfEG (Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz), sofern der Antragsteller nachträglich unter Aufhebung der Anerkennung als ehemaliger Kriegsgefangener als politischer Häftling anerkannt wurde,

erhalten?

☐ ja:

Durch welche Behörde?
In welcher Höhe?
Wann ausgezahlt? (Feststellungsbescheid beifügen)

☐ nein:

Haben Sie bereits eine Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz (HHG) erhalten?

☐ ja:

für die Haftzeit	
vom:	bis:
ausgestellt durch:	

☐ nein:

Ich beantrage die Kapitalentschädigung für die Haftzeit(en):

vom:	bis:

Sind Ihnen in dem Strafverfahren, welches Gegenstand der Rehabilitierungs- bzw. Kassationsentscheidung ist, Kosten, Auslagen entstanden?

Wenn ja, in welcher Höhe? _____ Belege beifügen

Hatten Sie in dem Strafverfahren, welches Gegenstand der Rehabilitierungs- bzw. Kassationsentscheidung ist, eine Geldstrafe zu bezahlen?

Wenn ja, in welcher Höhe? _____ € (Belege beifügen]

Sind Ihnen die Kosten, Auslagen und Geldstrafen ganz oder teilweise erstattet worden?

In welcher Höhe? _____ €

Durch welche Behörde? _____ (Belege beifügen)

Ich bin damit einverstanden, dass das Landesamt für Gesundheit und Soziales von den Rehabilitierungs- und Entschädigungsstellen, den HHG-Behörden, der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge, dem Bundesarchiv Stasi-Unterlagen-Archiv (BArch), dem Bundesamt für Justiz oder anderen Behörden und Stellen, weitere Auskünfte einholt, soweit diese für die Entscheidung über die Kapitalentschädigung und der Erstattung erforderlich sind.

Ich versichere nach bestem Wissen und Gewissen, dass ich nicht gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen oder in schwerwiegendem Maße meine Stellung zum eigenen Vorteil oder zum Nachteil anderer missbraucht habe.

Außerdem erkläre ich, dass ich mich weder mündlich noch schriftlich dem Ministerium für Staatssicherheit oder ähnlichen Organisationen verpflichtet und zu keiner Zeit für eine dieser Organisationen gearbeitet habe oder auf vergleichbare Weise für die Staatssicherheit in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone /DDR oder für das Arbeitsgebiet 1 der Kriminalpolizei der Volkspolizei tätig war.

Das gleiche erkläre ich für die Person, von der ich meine Berechtigung zur Antragstellung ableite.

Ich habe einen Antrag auf Kapitalentschädigung wegen des oben genannten Gewahrsams

☐ bei keiner anderen Behörde gestellt.

☐ außerdem bei folgender Behörde gestellt:

Name der Behörde:	
Antragsdatum:	

Mir wurde eine Kapitalentschädigung

☐ nicht bewilligt

☐ bewilligt in Höhe von _____ €

Mir ist bekannt, dass das Landesamt für Gesundheit und Soziales den Leistungsbescheid widerrufen und die gewährten Leistungen zurückfordern kann, wenn unrichtige oder unvollständige Angaben zum Anspruch oder zum Ausschluss von Leistungen gemacht wurden.

Die mir zustehende Kapitalentschädigung nach dem 1. SED-UnBerG/StrRehaG ist auf folgendes Konto zu überweisen:

Geldinstitut:	
Kontoinhaber:	
IBAN: **bitte immer angeben**	
BIC: (für Antragsteller mit Wohnsitz im Ausland**)**	

Ort/Datum

Unterschrift (Vorname & Name)

Datenschutzerklärung

Im Rahmen Ihres Antrags auf Rehabilitierung werden im Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) Ihre Stammdaten (Name, Geschlecht, Geburtsdatum, Anschrift (ab dem 18. Lebensjahr)), das zu Ihrem Fall gehörende Aktenzeichen und eine Information zum Vorliegen von Ausschließungsgründen in einer Datenbank elektronisch gespeichert.

Die Datenbank wird zur Registratur der Antragsvorgänge, zur Erstellung der Statistik, zur Erstellung von Schreiben und zum Abgleich des Vorliegens von Ausschließungsgründen innerhalb der verschiedenen Rehabilitierungsverfahren geführt.

Die Daten haben Sie uns entweder selbst mitgeteilt oder sie wurden uns vom Bundesarchiv Stasi-Unterlagen-Archiv (BArch) übermittelt.

Rechtsgrundlagen für diese Datenverarbeitung sind:

- § 25a Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG)
- § 19 Berufliches Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG),
- § 11 Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG)
- § 21 I Nr. 1, Nr. 7d Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG)

Außerdem besteht die Möglichkeit, dass Sie uns die Einwilligung dazu geben, auf der Grundlage Ihrer Stammdaten, Nachweise bei anderen Institutionen, die Unterlagen zu Ihrer Person aus der Zeit der ehemaligen DDR besitzen, zu ermitteln. Diese Einwilligung ist dann die Rechtsgrundlage für die Übermittlung Ihrer Stammdaten an eine solche Stelle.

Eine weitere Übermittlung oder Offenlegung der Daten erfolgt nicht.

Einblick in die Datenbank haben nur die zuständigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Rehabilitierungsbehörde. Nur im Falle eines gerichtlichen Verfahrens erhalten auch die für die Prozessführung zuständigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des LAGeSo Zugriff auf die Datenbank.

Die Datensätze in der Datenbank können aufgrund der Möglichkeit eines wiederholten Antrags auch z.B. durch Erben nach Wegfall der gesetzlichen Antragsfrist nicht gelöscht werden. Es werden behördliche Dokumentationspflichten bis zum Jahr 2080 – gemessen an der Lebenszeit potenzieller Antragsteller – prognostiziert.

Ihre Daten sind jedoch durch die technischen und organisatorischen Maßnahmen des Landes Berlin und des LAGeSo umfassend geschützt.

Sollten Sie ein Anliegen zum Datenschutz haben, können Sie sich als Verantwortlichen an den Leiter des Referats II AbtL 1 im LAGeSo (Telefonnummer: 030 – 90229/3416 Mailadresse: SED.UnBerG@lageso.Berlin.de, Dienstgebäude: Turmstraße 21 – Haus A, 10559 Berlin) oder an die Datenschutzbeauftragte (LAGeSo - ZSL DSB, Tel.: 030-90229-1209, Mailadresse: datenschutz@lageso.berlin.de) wenden.

Zum Schluss möchten wir Sie noch auf Ihre datenschutzrechtlichen Rechte hinweisen. Jede von der Verarbeitung personenbezogener Daten betroffene Person hat nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen der europäischen Datenschutzgrundverordnung folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft über die zu Ihrer Person verarbeiteten Daten.
- Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten zu Ihrer Person.
- Recht auf Löschung nicht (mehr) benötigter Daten zu Ihrer Person.
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung der Daten zu Ihrer Person.
- Recht auf jederzeitigen Widerspruch gegen die Datenverarbeitung.
- Recht auf Ausschluss einer ausschließlich automatisierten Entscheidung.
- Recht jederzeit die Behörde der/des Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit anzurufen.